



Vereinte Nationen

**Bericht des Generalsekretärs
über die Tätigkeit der
Vereinten Nationen**

Generalversammlung

Offizielles Protokoll
Sechsfundfünfzigste Tagung
Beilage 1 (A/56/1)

Generalversammlung
Offizielles Protokoll
Sechsendfü



Inhalt

<i>Kapitel</i>	<i>Ziffer</i>	<i>Seite</i>
Einleitung	1 - 13	1
I. Herbeiführung von Frieden und Sicherheit	14 - 87	3
Konfliktprävention und Friedensschaffung	20 - 41	4
Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung	42 - 71	7
Wahlhilfe	72 - 74	12
Abrüstung	75 - 84	13
Sanktionen	85 - 87	14
II. Erfüllung der humanitären Verpflichtungen	88 - 128	15
Koordinierung der humanitären MagvZ4 Tc-i0 TD4(.08Twilper0.53)-11c		

Einleitung

1. In meinem Jahresbericht über die Tätigkeit der Vereinten Nationen ziehe ich eine Bilanz der Anstrengungen, die die Vereinten Nationen unternommen haben, um konstruktive Lösungen für die grundlegenden Probleme unserer Zeit zu finden. Der Bericht ist ein ernüchterndes Dokument, indem er uns vor Augen führt, wie komplex die Aufgaben sind, die die Organisation zu bewältigen hat. Zugleich kommt darin jedoch auch klar zum Ausdruck, dass die Bedeutung der Vereinten Nationen als Instrument der globalen Zusammenarbeit zum Wohle aller Menschen unvermindert anhält.
2. Mit dem Anbruch des neuen Jahrtausends kam es zu einer historischen Bekräftigung der Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen durch ihre Mitgliedstaaten. Auf dem Millenniums-Gipfel, der vom 6. bis 8. September 2000 in New York stattfand, verabschiedeten 147 Staats- und Regierungschefs sowie insgesamt 189 Mitgliedstaaten die Millenniums-Erklärung, in der sie ihre gemeinsame Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Grundsätze der Menschenwürde, der Gleichberechtigung und der Gleichstellung auf globaler Ebene bekundeten. In meinem Bericht an die Generalversammlung "Kompass für die Umsetzung der Millenniums-Erklärung" lege ich ein Programm zur Erfüllung dieser ehrgeizigen Ziele vor.
3. Eine der Stärken der Vereinten Nationen liegt in ihrer Fähigkeit, sich wechselnden internationalen Bedingungen anzupassen. Wir müssen an dieser Tradition der ständigen Erneuerung unter Wahrung der Grundsätze der Charta, die die Organisation seit nunmehr 56 Jahren leiten, festhalten. Wir müssen für die Chancen der Zukunft gerüstet sein und die neuen Anforderungen erfüllen, die an die Vereinten Nationen gestellt werden.
4. Das vergangene Jahr brachte höchst widersprüchliche Ereignisse auf der Weltbühne, ermutigende Entwicklungen ebenso wie bedrohliche Gefahren. Diese gegensätzlichen globalen Tendenzen gemahnen daran, dass das Streben nach Weltfrieden und internationalem Fortschritt das nachhaltige und beharrliche Engagement der Völkergemeinschaft erfordert.
5. Ideen mit universeller Gültigkeit – Souveränität der Völker, Rechenschaftspflicht der politischen Führer, Rechte des Einzelnen und Herrschaft des Rechts – verbreiten sich heute über die gesamte Welt. Dennoch gibt es keine Garantie, dass diese Werte nicht wieder umgekehrt werden und dass manche Nationen nicht wieder in Tyrannei und Unterdrückung versinken.
6. Die einzelnen Kapitel dieses Berichts geben einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen in Verfolgung gemeinsamer Ziele. Die Rolle der Organisation auf dem Gebiet des Friedens und der Sicherheit ist nach wie vor ein wesentlicher Teil ihrer globalen Verantwortlichkeiten. Die Verhütung von Konflikten ist von entscheidender Bedeutung und erfordert ein umfassendes Verständnis der tieferen Ursachen und der Dynamik gewalttätiger Konflikte. Ob die Vereinten Nationen ihre Autorität als glaubhaftes Instrument der Konfliktprävention wahren können, hängt davon ab, inwieweit sie in der Lage sind, die tieferen Ursachen todbringender Konflikte anzugehen.
7. Bei den Vereinten Nationen geht es noch um weit mehr als um Frieden und Sicherheit. Immer wieder hat sich bestätigt, welche wertvolle Rolle die Organisation nach Naturkatastrophen und in komplexen Notsituationen bei der Gewährung von humanitärer Hilfe an die Betroffenen spielt.
8. Wie ich schon oft betont habe, ist die Entwicklungszusammenarbeit ein solides Fundament für Stabilität, ökonomische Gerechtigkeit und soziale Entwicklung. Die Art und der Umfang der mit der Entwicklung verbundenen Herausforderungen werden finanzielles Engagement und internationale Zusammenarbeit in bisher noch nicht dagewesenem Maß erfordern. Die Vereinten Nationen sind bei der Politikformulierung und bei der Entwicklung von Instrumenten zur Bewältigung der anstehenden Probleme und zur Schaffung der Bausteine eines dauerhaften Friedens behilflich gewesen.
9. Die Mission der Vereinten Nationen, eine von Ordnung und Gerechtigkeit geprägte Welt zu schaffen, kann nur dann Erfolg haben, wenn die Herrschaft des Rechts in den internationalen Angelegenheiten geachtet wird. Die Weiterentwicklung des Völkerrechts, die Ratifikation völkerrechtlicher Verträge und die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern durch internationale Strafgerichte wird sicherstellen helfen, dass sich skrupellose Gewalt nicht durchsetzt.
10. Die Managementreform der Vereinten Nationen ist als ein nie wirklich abgeschlossener Prozess anzusehen, in dessen Rahmen ständige Bemühungen unternommen werden, um die Wirksamkeit, Effizienz und Relevanz der Organisation zu erhöhen.
11. In einer zunehmend von Globalisierung geprägten Welt ist keine der kritischen Fragen, mit denen wir uns befassen, in einem ausschließlich nationalen Rahmen lösbar.

Kapitel I

Herbeiführung von Frieden und Sicherheit

14. Die Tätigkeit der Vereinten Nationen (VN) auf dem

Mittel der Mitgliedstaaten getragen werden müssen. Ich bin zuversichtlich, dass die im letzten Jahr unternommenen Anstrengungen, unseren Mittelbedarf für die Herbeiführung von Frieden und Sicherheit darzulegen, wesentlich dazu beitragen werden, die in der Millenniums-Erklärung gemachten

tont, wie wichtig es ist, bei den Bemühungen um einen dauerhaften Frieden in der Subregion mit Liberia in Kontakt zu bleiben.

25. Anderswo in Afrika erhielten die Bemühungen um die Beilegung zweier seit langem bestehender Konflikte neuen Auftrieb. In Burundi bekam der Friedensprozess durch die Unterzeichnung des Friedens- und Aussöhnungsabkommens von Aruscha am 28. August 2000 neue Dyna-

tionskommission der Vereinten Nationen (UNMOVIC) nicht disloziert. Die Tatsache, dass die Vereinten Nationen seit Dezember 1998 nicht in der Lage waren, die Einhaltung der Resolutionen des Sicherheitsrats über Massenvernichtungswaffen durch Irak zu verifizieren, gibt weiterhin Anlass zu großer Besorgnis. Hinzu kommt, dass Irak nach wie vor nicht mit dem hochrangigen Koordinator zusammenarbeitet, der bemüht ist, alle Staatsangehörigen Kuwaits und dritter Staaten zu repatriieren und die Rückgabe kuwaitischer Ver-

38. Ich werde auch weiterhin nach Möglichkeiten zur Förderung der Annäherung zwischen Nord- und Südkorea und anderer positiver Entwicklungen in der Region suchen. Ich bin der Auffassung, dass die internationale Gemeinschaft den Frieden und die Stabilität in der Region aktiv fördern sollte, und ich fordere die Mitgliedstaaten nachdrü

legte ich am 1. Juni 2001 einen zweiten Bericht (A/55/977) vor.

45. Mein zweiter Bericht folgte dem von den Mitgliedstaaten gewünschten umfassenden Ansatz und schlug weitere Schritte für die Steigerung der Friedenssicherungskapazitäten vor. Dazu gehörten unter anderem Vorschläge für eine Aufstockung der Planungskapazität des Sekretariats auf strategischer, grundsatzpolitischer und operativer Ebene, mit dem Ziel, von einer bloßen Reaktion auf Ereignisse zu einer vorausschauenden Planung überzugehen. Des Weiteren erläuterte ich Maßnahmen mit folgenden Zielen: Aufbau wirksamerer Beziehungen zwischen dem Amtssitz und dem Feld; engere Zusammenarbeit zwischen der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und anderen Sekretariats-Hauptabteilungen, die die Friedenssicherung unterstützen; Verstärkung der logistischen Unterstützung für die Einsätze, um zu erreichen, dass der von der Sachverständigengruppe für die Friedensmissionen empfohlene Dislozierungszeitrahmen von 30 bis 90 Tagen eingehalten werden kann; Aufbau wirksamerer Analysekapazitäten im Sekretariat unter Heranziehung der reichhaltigen Informationen aus offen zugänglichen Quellen und aus der Organisation selbst; und Verbesserung der Sicherheit des Friedenssicherungspersonals im Feld.

46. Die Durchführung dieser Reformen wird dem Sekretariat und den Mitgliedstaaten einiges abverlangen. Für manche der vorgeschlagenen Maßnahmen müssen heute Investitionen getätigt werden, deren Vorteile erst in Zukunft wirksam werden, andere erfordern politische Kompromisse. Dennoch bin ich überzeugt, dass wir durch die Ergreifung dieser Maßnahmen besser in der Lage sein werden, die an uns gerichteten Anforderungen zu erfüllen.

47. Neben der Betonung der Notwendigkeit, die Friedenssicherungskapazität der Vereinten Nationen zu verstärken, trafen die Mitgliedstaaten in dem Abschnitt der Millenniums-Erklärung, der sich mit der Deckung der besonderen Bedürfnisse Afrikas befasst, den Beschluss, "die regionalen und subregionalen Mechanismen zur Konfliktverhütung und zur Förderung der politischen Stabilität zu unterstützen und einen verlässlichen Zufluss von Ressourcen für Friedenssicherungseinsätze auf dem afrikanischen Kontinent sicherzustellen".

48. Die afrikanischen Staaten und die regionalen und subregionalen Organisationen zeigen zwar steigendes Interesse an einer Beteiligung an den Friedenssicherungseinsätzen in Afrika, doch bilden die begrenzten Ressourcen, über die sie verfügen, hier nach wie vor ein großes Hindernis. Der Aufbau einer afrikanischen Friedenssicherungskapazität kann in verschiedener Form unterstützt werden, etwa durch Hilfe bei konkreten Einsätzen oder durch den schrittweisen Kapazitätsaufbau, beispielsweise durch die Bereitstellung von Informationen, Fachkenntnissen, logistischen und finanziellen Ressourcen durch die internationale Gemeinschaft. Das Sekretariat hat Anstrengungen in dieser Richtung unter-

nommen, etwa durch die Zusammenarbeit mit der Organisation der afrikanischen Einheit, mit der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und in jüngster Zeit mit der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten in Bereichen wie der Ausbildung, dem Austausch von Informationen und Personal, der Teilnahme an regionalen Friedenssicherungsmaßnahmen.

Entwicklung. Rund 16 Millionen Menschen leiden unter groß

Ordnung im gesamten Gebiet zu gewährleisten und humanitäre Hilfe bereitzustellen. Das Berichtsjahr war von lebhafter Aktivität geprägt. Mit Hilfe von Vereinbarungen über die Machtteilung mit der Übergangsverwaltung haben die Osttimorer schrittweise die Verantwortung für die Staatsaufgaben übernommen. Darüber hinaus wurden ihnen im Rahmen eines gemischten Kabinetts mit timorischen und internationalen Mitgliedern Vollzugsbefugnisse übertragen, und sie haben in einem rein timorischen Nationalrat legislative Aufgaben wahrgenommen.

69. Nach der am 30. August 2001 abgehaltenen Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung, die eine Verfassung für ein unabhängiges und demokratisches Osttimor ausarbeiten soll, wird das Land am 15. September 2001 mit der Bildung eines neuen und erweiterten rein timorischen Kabinetts und der Einberufung der verfassungsgebenden Versammlung in die letzte Übergangsphase eintreten. Die verfassungsgebende Versammlung kann zu gegebener Zeit das erste Parlament eines unabhängigen Osttimor werden, falls ihre Mitglieder dies beschließen. Sobald die Verfassung gebilligt worden ist und die erforderlichen Wahlen stattgefunden haben, mö

zwar auch künftig auf dem Aufbau von Kapazitäten liegen, aber sie soll darüber hinaus gezielter zur Unterstützung bestimmter Institutionen und zur Förderung einer größeren Partizipation auf lokaler Ebene eingesetzt werden. In Nigeria beispielsweise wird derzeit die nigerianische Zivilgesellschaft im Rahmen eines innovativen Projekts bei der Ausarbeitung und Durchführung von Programmen zur Vermittlung von Staatsbürgerkunde ermutigt und unterstützt.

Abrüstung

75. In der Millenniums-Erklärung beschlossen die politischen Führer der Welt, danach zu streben, die Massenvernichtungswaffen, insbesondere die Kernwaffen, zu beseitigen und die weltweiten Gefahren zu verringern, die von Kleinwaffen und Landminen ausgehen. Die Ungewissheit über den Stand der strategischen Beziehungen zwischen den führenden Kernwaffenstaaten und die anhaltenden Meinungsverschiedenheiten der Staaten bezüglich Prioritäten und Zukunftsperspektiven prägen jedoch nach wie vor die Debatte und blockieren weitere Fortschritte auf dem Gebiet der weltweiten Sicherheit und Abrüstung.

76. Die weltweiten Rüstungsausgaben sind weiter angestiegen, namentlich in einigen Industrieländern und in einer Reihe von Entwicklungsländern. Während die öffentliche Entwicklungshilfe im Jahresverlauf weiter zurückgegangen ist, haben die Rüstungshaushalte ständig zugenommen. Vorsichtigen Schätzungen zufolge übersteigen die jährlichen Rüstungsausgaben 800 Milliarden Dollar oder 80 Prozent der

Schritt in Richtung auf das Ziel der Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen. Es enthä

Kapitel II

Erfüllung der humanitären Verpflichtungen

88. Unglü

mit dem Ziel, Empfehlungen zur Verbesserung der Lage in diesen Ländern abzugeben und Vorschläge zur Verstärkung der internationalen Maßnahmen zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse zu machen. Das Netzwerk ergänzt die Lobbyarbeit, die mein Beauftragter für Binnenvertriebene laufend durchführt, und verwendet dabei die unter seiner Aufsicht formulierten Leitgrundsätze betreffend Binnenvertreibungen als übergeordneten Handlungsrahmen. Das Mandat meines Beauftragten fließt auch in die von dem Netzwerk durchgeführten Länderprüfungen ein.

95. Von Oktober 2000 bis August 2001 stellten Vertreter des Netzwerks Afghanistan, Angola, Äthiopien, Burundi, Eritrea, Indonesien und Kolumbien Besuche ab. Die Prüfungsmissionen ergaben, dass es bei den humanitären Maßnahmen der Vereinten Nationen zur Deckung der Bedürfnisse von Binnenvertriebenen, insbesondere was ihren Schutz betrifft, erhebliche Lücken gibt, die dringend angegangen werden müssen. Diese Lücken entstehen dadurch, dass in einigen Sektoren keine Organisation klar die Verantwortung trägt und dass manche Organisationen in den ihnen zugewiesenen Bereichen offenbar unzulängliche Anstrengungen unternehmen. In vielen Fällen ist das Fehlen einer stetigen Finanzierung nach wie vor das Haupthindernis für eine Verbesserung der interinstitutionellen Maßnahmen. An der Beseitigung der aufgezeigten Lücken wird gearbeitet. Auf lange Sicht wird das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten gestärkt werden, damit es die Maßnahmen der im Feld tätigen Organisationen zur Deckung der Bedürfnisse der Binnenvertriebenen besser unterstützen kann. Zu diesem Zweck wird eine kleine, interinstitutionelle Gruppe für Binnenvertriebene eingerichtet werden, die keine operativen Aufgaben haben, sondern den Koordinator für Nothilfe beraten wird.

Erbringung humanitärer Dienste und Bewältigung von No

ber 2000 veranstaltete die WHO eine Internationale Konsultation über die geistige Gesundheit von Flüchtlingen und Vertriebenen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen, bei der eine Kooperationserklärung zwischen operativen Stellen, Mitgliedstaaten sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen unterstützt wurde. Die WHO prüfte technische Bewertungs- und Evaluierungsinstrumente auf ihre Verwendbarkeit und organisiert derzeit eine internationale Konferenz, auf der untersucht werden soll, wie das Eingehen lokaler Gesundheitsversorgungssysteme auf die Bedürfnisse von Binnenvertriebenen verbessert werden kann.

101. Das Welternährungsprogramm (WEP), die für Nahrungsmittelhilfe zuständige Stelle innerhalb der Vereinten Nationen, rettete durch seine Hilfe Menschenleben, linderte den Hunger und ermöglichte es armen Menschen ohne gesicherte Ernährung, in ihre längerfristige Selbsthilfe zu investieren. Als Antwort auf die Notsituationen des Jahres 2000 lieferte das WEP mehr als 3,5 Mi2(r)-9.8(t)-15e5

Bzu8.3(er G)-11.7(w)2TJ/F2 1 Tf6.4(21 0 TD0 Tc0 Tw(øTj/F4 1 Tf0.4578 0 TD0.00044Tc0.10127Tw[(B)10.74r)0.41el-.83ei teese e zu

Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen

Kapitel III

Entwicklungszusammenarbeit

Überblick: Extreme Armut

129. Auf dem Millenniums-Gipfel beschloss die internationale Gemeinschaft, mit der Einleitung einer nachhaltigen Kampagne zur Verwirklichung des Rechts auf Entwicklung für

oder menschliche Ressourcen von bleibendem Wert verknüpft ist. Währenddessen hat das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen den Zugang zu nachhaltigen Mikrofinanzierungsdiensten erweitert. Gemeinsam mit dem Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen betreibt es das Programm MicroStart. Zum 31. März 2001 war dieses Programm in 20 Ländern angelaufen und hatten 62 Projekte in 14 Ländern Zuschüsse erhalten. Insgesamt haben diese 62 Projekte die Zahl derjenigen, die aktiv Projektdienstleistungen in Anspruch nehmen, von einem Basisstand von 67.026 Personen auf 192.881 Personen erhöht. Der Prozentsatz der Frauen, die aus den Projekten Mittel erhalten, ist von 57 auf 84 Prozent gestiegen.

134. Bemühungen zur Armutsminderung können nur dann Erfolg haben, wenn zuallererst das Wohl der Kinder und der Genuss ihrer Rechte gewährleistet sind. Die Bildung, insbe-

ü fi

0

ternehmen, um den Erfolg einer besonderen zwischenstaatlichen Initiative auf dem Gebiet der Entwicklungsfinanzierung zu gew

sourcenströme, namentlich die öffentliche Entwicklungshilfe und die ausländischen Direktinvestitionen, zu erhöhen, die derzeitigen Schuldenerleichterungsinitiativen auszuweiten, einen erweiterten Marktzugang zu Vorzugsbedingungen für Produkte aus den am wenigsten entwickelten Ländern zu gewähren sowie technische Hilfe bereitzustellen, um ihre Kapazität zur Überwindung angebotsbedingter Schwierigkeiten, namentlich im Zusammenhang mit Infrastruktur und Institutionen, auszubauen.

143. Die dritte Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder verabschiedete eine politische Erklärung, die Brüsseler Erklärung, und das Aktionsprogramm zu Gunsten der am wenigsten entwickelten Länder in der Dekade 2001-2010. Die Brüsseler Erklärung bekräftigt die gemeinsame Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, die Grundsätze der Menschenwürde, der Gleichberechtigung und der Gerechtigkeit zu wahren und sicherzustellen, dass die Globalisierung zu einer positiven Kraft für alle Menschen der Welt wird, wie es in der Millenniums-Erklärung heißt.

144. Das Aktionsprogramm enthält konkrete Ziele und Vorgaben sowie maßnahmenorientierte Verpflichtungen in sieben entscheidenden Bereichen: Förderung eines den Menschen in den Mittelpunkt stellenden grundsatzpolitischen Rahmens, gute Regierungs- und Verwaltungsführung auf nationaler und internationaler Ebene, Aufbau personeller und institutioneller Kapazitäten, Aufbau von Produktionskapazitäten, damit die Globalisierung den am wenigsten entwickelten Ländern zugute kommt, Ausweitung der Rolle des Handels in der Entwicklung, Verminderung wirtschaftlicher und sozialer Schwäche und Schutz der Umwelt sowie Mobilisierung von Finanzmitteln.

145. Sowohl in der politischen Erklärung als auch im

ä
14509ugiupapaul 4(r)-17n(h)0.8(u)0.45o O-56L6.igarhsa(h)0.8(a)124)1IT407-(67fw)045%2L6.56L6.0 de 200w(00 le)

krankheiten. Dort verpflichteten sich die politischen Führer Afrikas, mindestens 15 Prozent ihrer jeweiligen Jahreshaushalte für die Verbesserung des Gesundheitssystems zu verwenden.

150. Im Juni 2001 hielt die Generalversammlung ihre sechszwanzigste Sondertagung ab, mit dem Ziel, alle Aspekte des HIV/Aids-Problems zu überprüfen und anzugehen und eine weltweite Verpflichtung auf die verstärkte Koordinierung und Intensivierung der nationalen, regionalen und internationalen Anstrengungen zu seiner umfassenden Bekämpfung zu erreichen. Die Sondertagung stellte einen Höhepunkt in den Bemühungen dar, die die Vereinten Nationen zur Bekämpfung von HIV/Aids unternehmen. In diesem Rahmen und mit Unterstützung des Gemeinsamen Programms der Vereinten Nationen für HIV/Aids und seiner Trägerorganisationen rief ich auf dem OAU-Sondergipfel über HIV/Aids, Tuberkulose und andere damit zusammenhängende Infektionskrankheiten zu einer neuen weltweiten Großkampagne gegen HIV/Aids auf. Der auf dem Gipfel verabschiedete Aktionsplan hat zum Ziel, die von den führenden Politikern Afrikas eingegangenen Verpflichtungen zur Intensivierung der Bemühungen um die Mobilisierung von Ressourcen für die Prä

der zu Gunsten von Frauen erzielt haben, und untersucht, welche sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lücken noch bestehen. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass es im vergangenen Jahrzehnt nur acht Ländern gelungen ist, die weltweiten Vereinbarungen zur Gleichstellung der Geschlechter beim Besuch von Sekundarschulen und zur Herbeiführung eines Frauenanteils von mindestens 30 Prozent in den Parlamenten zu erfüllen. In dem Bericht wird nachdrücklich empfohlen, ein konkret auf die entgeltliche Beschäftigung von Frauen bezogenes weltweites Ziel zu vereinbaren, wie beispielsweise die Erhöhung des Anteils der Frauen in Verwaltungs- und Führungspositionen.

156. Die Ungleichstellung der Geschlechter hat unmittelbare Auswirkungen auf die Gesundheit, die Bildung und die soziale und wirtschaftliche Partizipation der Frauen. Auf ihrer einundzwanzigsten Sondertagung im Jahr 1999, auf der sie die Durchführung des Aktionsprogramms der Internationalen Konferenz über Bevö

Bericht des Generalsekretärs über die Tä

rungsmaßnahmen die innerstaatlichen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für die nachhaltige Entwicklung. Weltweit setzten zahlreiche Gemeinwesen lokale Versionen der Agenda 21 um, und eine wachsende Zahl von Unternehmen übernahm des Konzept der nachhaltigen Entwicklung als ein wesentliches Element einer ökologisch und sozial verantwortlichen Unternehmensführung.

172. Im System der Vereinten Nationen wurden zur Unterstützung der Bemühungen der Mitgliedstaaten um die Durchführung landesspezifischer Pläne für eine nachhaltige Entwicklung verschiedene Initiativen eingeleitet, etwa in Form von Projektfinanzierung, Beratung in Grundsatzfragen und technischer Hilfe, mit dem Ziel, die personellen, institutionellen, technischen und produktiven Kapazitäten der Entwicklungsländer zu stärken.

173. Ungeachtet dieser Anstrengungen bleibt die Verwirklichung von Nachhaltigkeit eine Herausforderung. Im September 2000 gaben das *World Resources Institute*, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen und die Weltbank den *World Resources Report 2000-01: People and Ecosystems, the Fraying Web of Life* (Bericht über die Weltressourcen 2000-2001: Menschen und Ökosysteme – Das zerfallende Lebensnetz) heraus, der zu dem Schluss kommt, dass die gestiegene Ressourcennachfrage zu einer Degradierung der globalen Ökosysteme führt, was potenziell verheerende Folgen für die menschliche Entwicklung und das Wohl aller Lebewesen nach sich ziehen kann. Der Bericht stützte sich

intern (H7-304) 1845 (50 cr (v II (e) e) 71870 (579) Bfsw) (r) (1) (D) (a) 8.D05.08008 15350 d064) 6(10) (d) 5(2) 682(0.8(6.5) (f) (f) 16-4(6) 827) (e) 2d8

178. Im Berichtsjahr schloss die Kommission für Nachhaltige Entwicklung die Tätigkeit des Zwischenstaatlichen Forums über Wälder erfolgreich ab. Der Wirtschafts- und Sozialrat beschloss in seiner Resolution 2000/35 die Einrichtung des Forums der Vereinten Nationen über Wälder, um die Durchführung international vereinbarter Maßnahmen zu Gunsten von Wäldern auf nationaler, regionaler und globaler Ebene zu fördern. Im Juni 2001 hielt das Forum seine erste Arbeitstagung ab, um einen Aktionsplan auszuarbeiten und seine Tätigkeit mit einer auf Zusammenarbeit gestützten Partnerschaft zu Gunsten von Wäldern aufzunehmen.

179. Die Durchführung der multilateralen Umweltübereinkommen ist für den Schutz unserer gemeinsamen Umwelt unabdingbar. Ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg war im Mai 2001 in Stockholm die Verabschiedung und Unterzeichnung eines Übereinkommens zur Durchführung internationaler Maßnahmen in Bezug auf bestimmte langlebige organische Schadstoffe, mit dem Ziel, einige der giftigsten Chemikali(3(d)-11.9(e)-7.7(r 2615una)25w]-11.9mmir 26d.5(a(u)1u(r 261-2(le1m)7.1a)-d.5(a(uu(r 26zi)-2(le2i)-9r 261uF2 1w.23nea

lidierung in der Konfliktfolgezeit sowie mit Bildung zu befassen.

186. Auf dem Tagungsteil auf hoher Ebene des Wirtschafts- und Sozialrats im Juli 2001 stand die von der Organisation der afrikanischen Einheit ebenfalls im Juli in Lusaka verabschiedete Neue afrikanische Initiative im Mittelpunkt. Die zum Abschluss der Tagung vom Rat verabschiedete Ministererklärung enthält die klare Vorgabe an das System der Vereinten Nationen, sich dem einheitlichen Rahmen anzuschließen, den die afrikanischen Führer geschaffen haben. Durch die Ministererklärung etablierte sich der Rat als das wichtigste globale Forum für die Mobilisierung von Unterstützung für die Initiative und für die neu geschaffene Afrikanische Union durch das System der Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft an sich. Ich freue mich über die Beteiligung hochrangiger Vertreter Afrikas sowie die klare Demonstration, dass der Kontinent sein Schicksal selbst in die Hand nehmen will.

187. Der Wirtschafts- und Sozialrat legte besonderes Gewicht auf den Zusammenhang zwischen Frieden und Entwicklung sowie auf die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, dass die Impulse für Demokratie und Wirtschaftsreformen unvermindert anhalten. Er forderte eine wirksame internationale Unterstützung für Afrika, namentlich durch die Bekämpfung der HIV/Aids-Krise, die Verbesserung des Marktzugangs, eine tiefer greifende und breiter angelegte Schuldenerleichterung und die Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe. Dem System der Vereinten Nationen wird bei der Mobilisierung der internationalen Unterstützung für diese Ziele eine zentrale Rolle zukommen.

188. In seiner Ministererklärung nahm der Rat vor allem Kenntnis von der Forderung der afrikanischen Staatschefs, dass auf einer Sondertagung der Generalversammlung geprüft werden solle, wie die Neue afrikanische Initiative am besten unterstützt werden kann, und er ersuchte mich, zu sondieren, ob die Möglichkeit besteht, eine subregionale Koordinierungsstelle für Friedenskonsolidierung zu schaffen und eine Ad-hoc-Beratungsgruppe des Wirtschafts- und Sozialrats für Länder in Postkonfliktsituationen einzurichten.

189. Zwar ist internationale Unterstützung nach wie vor unabdingbar, doch sind letztlich die afrikanischen Länder selbst am besten dazu in der Lage, die drängenden Herausforderungen zu bewältigen, vor denen der Kontinent steht, und in diesem Zusammenhang macht die neue Entschlossenheit Mut, mit der die Afrikaner an diese Aufgabe herangehen. Dabei ist die volle Beteiligung der Wirtschaftskommission für Afrika besonders wichtig. Der Pakt für den afrikanischen Aufschwung, der der Kommission auf ihrer vierunddreißigsten Tagung im Mai 2001 in Algier vorgelegt wurde, bildet einen wichtigen Bestandteil der Maßnahmen der Kommission zur Umsetzung der Millenniums-Erklärung.

190. Zu den Vorrangbereichen des Paktes gehören die Förderung einer guten Regierungs- und Verwaltungsführung

sowie von Frieden und Sicherheit, die Bekämpfung von Krankheiten, die die Armut verschlimmern, die Erschließung der menschlichen Ressourcen, die Förderung des Infrastrukturausbaus, das Voranbringen der regionalen Integration, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Afrikas durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechno-

Kapitel IV

Internationale Rechtsordnung und Menschenrechte

Entwicklungen auf dem Gebiet der Menschenrechte

196. Die Überbrückung der Kluft zwischen dem Bestehen von Menschenrechtsnormen und ihrer tatsächlichen Umsetzung stellt weiterhin eine bedeutende Herausforderung für die Vereinten Nationen dar. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Menschenrechtskommission, die als ein Diskussionsforum für diese Fragen fungiert, an dem im letzten Jahr mehr als 60 Staats- oder Regierungschefs, Außenminister oder andere Minister teilnahmen. Zusätzlich zu den 53 Mitgliedstaaten der Kommission sind inzwischen fast alle übrigen Mitglieder der Vereinten Nationen auf den Tagungen der Kommission durch Beobachter vertreten. Nahezu alle Organisationen der Vereinten Nationen, 10 zwischenstaatliche Organisationen und etwa 250 nichtstaatliche Organisationen nahmen an der siebenundfünfzigsten Tagung der Kommission teil. 42 Sonderberichterstatter, unabhängige Experten und Vorsitzende von Gremien und Gruppen legten Länderberichte und thematische Berichte vor. Diese Berichte zeichneten ein düsteres Bild der Menschenrechtslage in der heutigen Welt.

197. Während der siebenundfünfzigsten Tagung der Kommission wurden zwar gewisse Fortschritte erzielt, jedoch bleibt es eine gewaltige Aufgabe, die allgemeine Achtung der Menschenrechte zu erreichen. 82 Resolutionen, 19 Beschlüsse und drei Erklärungen des Vorsitzenden wurden verabschiedet, die sich mit der Menschenrechtssituation in mehr als 20 Ländern und Hoheitsgebieten befassten und zahlreiche Themen, wie summarische Hinrichtungen, Folter, religiöse Intoleranz, Gewalt gegen Frauen, das Recht auf Entwicklung sowie Menschenrechte und extreme Armut, zum Gegenstand hatten. Dieses Jahr griff die Kommission neue Themen auf und konnte einen besonderen Schritt vorwärts beim Schutz der Menschenrechte autochthoner Bevölkerungsgruppen erzielen, indem ein Sonderberichterstatter über die Situation der Menschenrechte und Grundfreiheiten der autochthonen Bevölkerungsgruppen ernannt wurde. Der Sonderberichterstatter wird Informationen und Mitteilungen von allen sachdienlichen Quellen, namentlich Regierungen, Angehörigen autochthoner Bevölkerungsgruppen sowie ihren Gemeinschaften und Organisationen, über Verletzungen ihrer Menschenrechte und Grundfreiheiten sammeln, anfordern, entgegennehmen und austauschen. In Anbetracht der von der Generalversammlung in der Millenniums-Erklärung betonten Notwendigkeit, die Rechte der schwächeren Gruppen zu stärken, sowie der Erklärung des Zeitraums von

legt werden können, sowie ein Untersuchungsverfahren, das es dem Ausschuss ermö

und Tokio nachzudenken, dass nämlich diejenigen, die Kriegsverbrechen oder andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begehen oder genehmigen, persönlich für ihre Verbrechen verantwortlich sind und dass die Staatengemeinschaft sie vor Gericht stellen kann und soll.

Die Internationalen Strafgerichte

Internationales Strafgericht für das ehemalige Jugoslawien

206. Im vergangenen Jahr gab es mehrere bedeutende Entwicklungen in der Arbeit des Internationalen Gerichts für das ehemalige Jugoslawien. Diese sollten es wesentlich besser in die Lage versetzen, sein Mandat zur Verfolgung der Verantwortlichen für die schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im ehemaligen Jugoslawien zu erfüllen und zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in der Region beizutragen und ihm gleichzeitig den Abschluss seiner Arbeit bis zum Jahr 2008 ermöglichen.

207. Es wurden bedeutende Reformen durchgeführt, die die Wirksamkeit der Arbeit des Gerichts erhöhen und die Einleitung sowie den Abschluss der Verfahren beschleunigen. Im November 2000 änderte der Sicherheitsrat das Statut des Internationalen Gerichts, um eine Gruppe von 27 Richtern zu schaffen, die seine 16 ständigen Richter je nach Bedarf bei der Durchfüh

Hauptverfahren durchführt, laufen vor dem Gericht nun fünf Hauptverfahren gegen insgesamt 15 Angeklagte. Einer dieser Fälle, der als der Butare-Fall bekannt geworden ist, ist mit nicht weniger als sechs Angeklagten der bisher größte Fall des Gerichts. Die Einleitung eines weiteren Hauptverfahrens mit zwei Angeklagten ist für September 2001 anberaumt, womit die Zahl der zu diesem Zeitpunkt vor Gericht stehenden Personen 17 betragen wird. Wie diese Zahlen zeigen, erfüllt das Gericht sein Mandat in Anbetracht der derzeit verfügbaren Mittel auf so wirksame Weise wie möglich.

213. Zur gleichen Zeit wurden vier Angeklagte festgenommen und in die Haftanstalt des Gerichts in Aruscha überstellt. Hierbei handelt es sich um Samuel Musabyimana, einen ehemaligen Bischof der anglikanischen Kirche in Ruanda, Simeon Nshamihigo, einen Ermittler der Verteidigung, sowie zwei ehemalige Bürgermeister, Sylvestre Gabumbitsi und Jean Mpambara.

214. Im November 2000 beschloss der Sicherheitsrat, die Zahl der Richter in der Berufungskammer der beiden Internationalen Gerichte zu erhöhen. Nach Änderung des Statuts des Strafgerichts wählte die Generalversammlung am 24. April 2001 zwei neue Richter, und der Gerichtspräsident versetzte am 1. Juni 2001 zwei der bisherigen Richter an die Berufungskammern. Es besteht die Hoffnung, dass die Verstärkung der richterlichen Kapazität beider Strafgerichte die Erledigung der zunehmend anwachsenden Zahl der Berufungsfälle beschleunigen wird.

215. Leider verstarb der erste Präsident des Strafgerichts und Vorsitzende der Strafkammer II, Richter Laïty Kama aus Senegal, am 6. Mai 2001 in Nairobi. Richter Kama, der sich durch ein Höchstmaß an Fachkompetenz auszeichnete und sich stets für die Sache der Gerechtigkeit und für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte einsetzte, erfüllte seine Pflichten mit Würde und Integrität. Am 31. Mai 2001 ernannte ich Richter Andréia Vaz, den Präsidenten des Kassationsgerichts von Senegal, zu seinem Nachfolger.

Stärkung der Herrschaft des Rechts

216. Im Laufe des vergangenen Jahres haben die Vereinten Nationen weitere entscheidende Schritte unternommen, um die Achtung vor der Herrschaft des Rechts in den internationalen Angelegenheiten zu stärken. Im August 2000 be-

malitäten dienen kann. Dieser praktische Leitfaden wird in den sechs Amtssprachen der Vereinten Nationen herausgegeben und durch Ausbildungsseminare für Juristen im öffentlichen Dienst ergänzt werden, die gemeinsam mit dem Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen veranstaltet werden. Es reicht nicht aus, dass die Staaten lediglich ihre Zustimmung dazu geben, durch Verträge gebunden zu sein; die Staaten müssen die durch diese Verträge auferlegten Verpflichtungen auch umsetzen und achten.

220. Eines der wichtigsten Ziele der Vereinten Nationen ist es, den Regierungen bei der Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen behilflich zu sein. Die Vereinten Nationen führen bereits ein breites Spektrum von Tätigkeiten zu diesem Zweck durch, helfen den Regierungen bei der Ausarbeitung von Entwürfen für innerstaatliche Durchführungsgesetze und unterstützen Trainingsprogramme für die mit ihrer Anwendung befassten Personen. Im Laufe des vergangenen Jahres hat der Bereich Rechtsangelegenheiten daran gearbeitet, die Regierungen verstärkt auf die verschiedenen Formen der technischen Hilfe aufmerksam zu machen, die die Organisation in dieser Hinsicht zur Verfügung stellen kann.

221. Ein wesentlicher Grundsatz der Herrschaft des Rechts besagt, dass das Recht fü

nen. Der Bereich Rechtsangelegenheiten beriet auch weiterhin die übrigen Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen in rechtlichen Fragen. Insbesondere beteiligte er sich an der Aushandlung verschiedener Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen und der Missionen, an der Fertigstellung des Abkommens zwischen den Vereinten Nationen und Äthiopien über die Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea (UNMEE) und an dem Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und der ehemaligen jugo-

Bericht des Generalsekretärs über die Tä

Kapitel VI

Partnerschaften

Kommunikation

250. Wie ich in meinem letztjährigen Jahresbericht fest-

ten Ö

Projektdienste

263. Das Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste (UNOPS), die einzige sich vollständig selbst finanzierende

effektiver anzugehen. Die nichtstaatlichen Organisationen, der Privatsektor und andere Akteure der Zivilgesellschaft, namentlich auch Parlamentarier, liefern außerdem wertvolle Beiträge zu den Vorbereitungen für die Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung und den Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung im Jahr 2002 und arbeiten dabei eng mit den zuständigen Organen der Vereinten Nationen zusammen, um Fachwissen auszutauschen, aus Erfahrungen zu lernen und künftige gemeinsame Maßnahmen vorzuschlagen.

270. Meine Initiative des "Globalen Pakts" entwickelt sich als Netzwerk einer Vielzahl von Interessengruppen weiter fort und setzt Schwerpunkte bei drei zentralen Tätigkeitsbereichen: Lernen, Dialog und Handeln. Das Netzwerk besteht inzwischen aus mehreren Hundert Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, akademischen Einrichtungen und nichtstaatlichen Organisationen, die auf den Gebieten Umwelt, Arbeit, Menschenrechte und Entwicklung tätig sind. Während der vergangenen zwölf Monate wurde ein Hauptschwerpunkt auf die Einbeziehung einer größeren Zahl von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden aus den Entwicklungsländern gelegt, und nahezu zwei Drittel unserer Teilnehmer aus dem Privatsektor kommen inzwischen aus diesen Ländern. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO), das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) spielen auch weiterhin eine zentrale Rolle, und andere Organe der Vereinten Nationen sind an spezifischen Teilbereichen der Initiative beteiligt. So arbeitet die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) zusammen mit der Internationalen Handelskammer und einzelnen Unternehmen an einem Programm für Leistungen im Investitionsbereich für die am we-

är471 Tf 14.975ä